



## chefs ende

Als einmal der vorgesetzte  
sich am nasenbein verletzte  
rief er durch den großbetrieb:  
"Helft mir doch - ich hab euch lieb!"  
Schmerzen von dem hohen herrn  
sahen die arbeiter gern;  
und nur Karlchen war's, der sachte  
ihn zur leichenhalle brachte.  
"Aber ja, es ist ein jammer!"  
Karlchen seufzt' und griff zum hammer,  
schloß dann leis die türe zu,  
vorgesetzte brauchen ruh.  
Keiner hat den chef vermißt,  
keiner fragte, wo er ist,  
Karlchen meinte: "Sei'n wir ehrlich,  
dieser chef, der war entbehrlich."

F.W.Bernstein

## wohin geht der trend?

Auf einer mv, die schon ewig lange zurückliegt, wollte man/frau aus "ganz wichtigen gründen" über unser publikationsorgan, den *trend* reden. Wir hatten uns gefreut. Hofften wir doch, daß in der GEW Kreuzberg anderes als die privaten karrieren ernst genommen werden.

Zu mehr als ein bißchen anpissen reichte es nicht: "b.z.stil" wurde uns vorgeworfen. Dabei hatten wir immer an der "b.z." die inhalte kritisiert, die dann den stil bestimmt haben. Vor der inhaltlichen kritik wurde sich gedrückt.

Auf der gleichen mv wurde dann allerdings gewählt.

Und nun wurde klar, daß es um inhalte und zwar knallhart ging: Die mv wählte als ihren delegierten mit mehrheit den dienstherrn. Es gab nur wenige mitglieder, die sich explizit gegen den arbeitsfrontgedanken aussprachen. Zwei davon waren *trend*redakteure.

Eine weitere kritik, die aber nicht expliziert wurde, war die behauptung, daß der *trend* zu sehr den personalrat kritisiert hätte und nicht etwa die stadt-schulratgruppe. Das war uns eben nicht möglich, da der personalrat seinen beschluß, den dienstherrn nicht zu kritisieren ernst nahm und uns ständig von allen informationen abschnitt. Wir konnten keine interna berichten, weil der personalrat zu kumpel Jordans politik schwieg.

Solche bedingungen führen dazu, daß im trend eben eher die dinge stehen, die wir redakteurInnen interessant finden. Wir wollen nur dann weitermachen, wenn sich einigens ändert. Dazu brauchen wir:

- neue redakteurInnen,
- layouter,
- phantasiebegabte,
- kritiker,
- berichterInnen aus der kreuzberger praxis,
- organisiererInnen,
- argumentiererInnen,
- aufrechte,
- u.v.a.

Auf der suche nach dem publikums-geschmack wird die nächste ausgabe des *trend* als reine gedichtnummer geplant. Bitte sendet uns eure werke mit satzanweisungen zu. Angeblich soll doch jede(r) dritte sowas machen.

## Aus der bezirksleitung

In der kürze liegt die würzel! Auch aus anderen gründen wird dieser artikel nicht umfangreicher sein. wir sind bekanntermaßen zu dritt und teilen uns pro woche zig termine, um

- a) auf dem laufenden zu sein und
- b) unsere standpunkte darzulegen.

die wahrnehmung dieser termine ist äußerst wichtig, denn in der GEW wird zur zeit alles neu diskutiert.

**spezienschulen:** Viele mitglieder sind für den erhalt und tendieren zur elitförderung.

**Studentafelkürzung:** wird durchgeführt. Da wir die 5-tage woche wollen, sind wir also auch nicht dagegen; hört man immer öfter. Daß nur gekürzt werden kann, wenn die rahmenpläne geändert werden, findet derzeit kein gehör.

**Tarifpolitik:** 60 % haben die ostkollegen ja noch zähneknirschend akzeptiert. Daß sie allerdings wie neuanfänger zum 1.7.91 eingestuft werden, weil ihre dienstzeit in DDR-institutionen i.a. nicht angerechnet wird, haben sie erst später erfahren.

**Durchmischung:** Die GEW fordert ja eine freiwillige. Fakt ist allerdings, daß die ostkollegInnen im überhang umgesetzt werden können. Fakt ist auch, daß die westkollegInnen vornehmlich funktionsstellen besetzen. Im allgemeinen wie auch im berufsbildenden schulbereich (wobei hier die ostschulen gänzlich ihre eigenständigkeit verlieren - vgl. artikel auf der nebenstehenden seite) wird somit verhindert, daß eigene strukturen aufgebaut werden können.

**Sparmaßnahmen:** Es ist fast unmöglich, den kollegInnen klarzumachen, daß sparmaßnahmen völlig überflüssig sind (die taktik, die schulen nicht gleichermaßen zu belasten, greift immer wieder).

Gar zusätzliche mittel zu fordern, wird nur belächelt - obwohl doch z.b. der polizeibereich nicht nur von den kürzungen ausgenommen, sondern noch kräftig aufgestockt wird (vgl. dazu den artikel s. 8: polizei und schule).

Zum schluß noch einige anmerkungen zum *trend*: Die *trend*redaktion stellt mit dieser ausgabe Ihre tätigkeit in der bisherigen form ein.

**Wir bedauern dies!**

Der *trend* ist ein forum in dem jedEr seine meinung äußern und auf vorgänge im bezirk hinweisen und eingehen konnte. Leider wurde diese möglichkeit in letzter zeit nicht wahrgenommen.

Einerseits sind wir auch nicht in der lage, den *trend* zu unterstützen, andererseits haben wir die zusammenarbeit aufgrund unterschiedlicher positionen auch nicht gesucht.

wir apellieren trotzdem an alle mitglieder, darüber nachzudenken, ob die zeitung im bezirk nicht jetzt schon fehlt.

Eure bezirksleitung



## impresum

trend nr. 1/91 erscheint im juni 1991

herausgegeben von der bezirksleitung der GEW Kreuzberg

### redaktion:

Detlev Kretschmann  
Günter Langer  
Rainer Pobloth  
Christine Storm

### mitarbeit:

die bezirksleitung

### beiträge:

Sendet uns bitte leserInnenbriefe und gedichte für den *trend*; und zwar in gemäßiger kleinschreibung. Eine diskette dazu erleichtert uns die arbeit sehr! Manuskripte bitte an:

Rainer Pobloth  
Ernst-Bruch-Zeile 42

1000 Berlin 20

# KREUZBERG EROBERT KOLONIEN



Deutschland wird größer. Berlin wird größer. Wo alles größer wird, warum sollte Kreuzberg dabei eine Ausnahme machen? Macht es nicht, zumindest nicht, was die Abteilung Volksbildung angeht. Über andere Bereiche demokratischer Eroberungsfeldzüge soll hier nicht berichtet werden. Dafür gibt's hoffentlich anderswo Experten.

Das Kreuzberger Schulwesen umfaßt bekanntermaßen allgemeinbildende Einrichtungen als auch berufsbildende, letztere integriert in Oberstufenzentren (OSZs). Davon gibt's in Kreuzberg drei Stück, durchnummeriert von eins bis drei. Diese drei OSZs bilden nun aus sog. sachlogischen Gründen (1 Beruf bzw. 1 Branche darf angeblich nicht auf 2 voneinander unabhängige Standorte verteilt werden; Begründung: in Hamburg und Bremen sei das auch so!) die Sperspitze der Kreuzberger Kolonialakquirierungen, sind als Vorreiter auch für andere (allgemeinbildende) Schuleinrichtungen auserkoren und deshalb von allgemeinem Interesse für uns alle, ob in OSZs beschäftigt oder anderswo.

In den allgemeinbildenden Schulzweigen gibt es bislang nur Indizien, in welche Richtung die Reise gehen soll. Wenn wir diese Indizien mit der Entwicklung im OSZ-Bereich vergleichen, verdeutlichen wir die Perspektiven, die uns in nächster Zeit vermehrt beschäftigen werden.

Der *trend* ist in dieser Einschätzung nicht mehr allein, wie die Reaktion auf unsere letzte Nummer evtl. noch vermuten lassen könnte. Sowohl die meisten betroffenen

kollegInnen in den "neuen Bezirken", als auch unser volksbildender AL-Stadtrat Jordan (auf der GEW-delegierten-Konferenz) etikettieren die infrage stehende Politik als "kolonialistisch".

Während Gymnasien und anderen Schulen bis zu jeweils drei "Partner" (?) - Schulen in Ostberliner Bezirken zugeordnet werden und Bezirksämter wie z.B. Kreuzberg in Person von Stadtrat Jordan wessies, die Geschichte, Sozialkunde oder politische Weltkunde unterrichten, bis zu 50 % Ermäßigungsstunden versprechen, wenn sie bereit sind, in Ostbezirken zu arbeiten, geht es im OSZ-Bereich direkt zur Sache. Die Berufsschulen in den Ostbezirken werden als eigenständige Einrichtungen abgewickelt und der direkten Kontrolle, d.h. als Filialen, den westlichen OSZs unterstellt.

Die während des DDA-Konkurses (= Revolution?) neugewählten Schulleitungen werden ihrer Posten enthoben und es werden Filialleitungen vom Stadtrat des Westbezirks neu ausgeguckt. Diese Filialleitungen unterstehen anschließend den Schul- bzw. Abteilungsleitungen der jeweiligen OSZs. Aber nicht nur diese Leitungen bekommen sie aufgepfropft, sondern die gesamte OSZ-Hierarchie, d.h. Fachbereichsleitungen und Fachleitungen und was sonst noch an Funktionsträgern vorhanden sein mag.

Wenn wir uns noch dazu das Hickhack um die Anerkennung der Ostabschlüsse und die miserable Bezahlung der KollegInnen im Osten vor Augen halten, können wir nur noch auf die Schlussfolgerung stoßen, daß es keinesfalls um Qualifizierung bei der ganzen Maßnahme geht, wie es uns von interessierter Seite suggeriert wird, sondern um die bedingungslose Anpassung der Ossies an das erfolgreichere Reproduktionsmodell

und um das abwürgen bzw. auslösen ihres in der Wende bewiesenen demokratischen Impulses. Aus diesem Grunde wird der westliche Ostfeldzug auch keinesfalls bei den Berufsschulen haltmachen. Das vereinigte Berlin wird auf Dauer ein gespaltenes Kollegium erhalten, divide et impera, mit unterschiedlichen Rechten und mit unterschiedlicher Bezahlung. Die Gewerkschaften werden diese Art von Mauer noch schmerzlich zu spüren bekommen...

Nach diesen einleitenden Vorbemerkungen sollt ihr von den Details keineswegs verschont bleiben:

Mit dem Versprechen auf Erhalt aller Arbeitsplätze wurden die Ostberliner BerufsschulkollegInnen geködert, sich einer westlichen Stammschule anzuschließen. Der Köder wirkte. Mit Bauchschmerzen zwar, aber mit der Hoffnung auf Weiterbeschäftigung beruhigt bzw. erpreßt, stimmten sie - wenn auch grollend - ihrer eigenen Entmündigung zu. Fast versteht es sich von selbst, der Ordnung halber wollen wir aber es aber dennoch erwähnen, das Versprechen entpuppte sich schnell als faustdicke Lüge: Jetzt heißt es, die Stellen werden erhalten, aber nur die "geeigneten" KollegInnen könnten auf diesen Stellen verbleiben, der Rest müsse sich leider nach anderen Arbeitsplätzen umsehen (so zumindest im Gefolge des Senators Kleemann der zuständige Kreuzberger CDU-Schulrat Hartmann).

Damit nicht genug, die Ostschulen können nun auch keine Schüler mehr selbst aufnehmen, diese werden ihnen jetzt vielmehr von den westlichen Stammschulen, den OSZs, zugewiesen. Sie haben auch keine formale Berechtigung mehr, darüber zu befinden, welche SchülerInnen sie erhalten. Sie können nicht mal mehr darüber befinden, welche Bildungsgänge bei ihnen eingerichtet werden sollen. Das entscheiden jetzt die Schulleitungen der OSZs im Westen im Einvernehmen mit den Schulräten

der westbezirke.

Da das ganze natürlich ziemlich starker tobak ist, gibt man den unterworfenen noch 'ne beruhigungspille mit auf den weg. Es wird ihnen gesagt, diese maßnahme sei nur vorübergehend, bis nämlich die ostfilialen der west-OSZs zu eigenständigen OSZs erhoben werden. Ihnen wird suggeriert, daß dies schon nach wenigen jahren der fall sein könne. Von drei bis fünf jahren ist die rede, insider der senatsschulverwaltung gehen aber inzwischen von 10 bis 15 jahren aus, da vorher ohnehin nicht genügend knete vorhanden sein wird, die nunmal für neue OSZs unumgänglich ist.

Das ganze programm ist offenbar nicht mehr aufzuhalten. Eine entsprechende verwaltungsverordnung ist als vorlage bereits im umlauf und kann bis zum sommer rechtskraft erlangt haben. Die verwaltungen des senats und der bezirksämter verfahren jedenfalls schon entsprechend dieser vorlage. Die schulleitungen sind längst instruiert und planen das nächste schuljahr gemäß dieses entwurfs, abteilungsleitungen und fachbereichsleitungen sind ebenfalls schon munter dabei.

Die entrechteten "filialleiter", die der westliche schulrat einsetzt, sollen möglichst *ossies* sein. Sie werden sich in einer besonders beschissenen lage wiederfinden: Ihre aufgabe können sie nach lage der dinge, was finanzielle mittel und vorhandene ausstattungen angeht, aber auch was an ermäßigungsstunden und unterstützung durch weitere kollegInnen vorgesehen ist, ganz zu schweigen von materieller stimulanzen qua minigehälter, nicht zufriedenstellend erfüllen können. Sie stehen vor dem dilemma, entweder

a) die anforderungen zu erfüllen und damit den beweis zu erbringen, daß mit nichts viel zu leisten ist, d.h. die OSZabteilungsstruktur neu aufzubauen und damit das provisorium "filiale" zur dauerlösung zu verhelfen, oder aber

b) unzulänglichkeiten in kauf zu nehmen und damit den beweis zu erbringen, *ossies* wären unfähig, selbständige OSZs zu bilden.

Wie auch immer, *Kreuzberg* erhält also erheblichen zuwachs:

- das 1. OSZ erhält zwei filialen in Köpenick (ca. 1100 schülerInnen)

und 55 lehrerInnen),

- das 2. OSZ erhält eine filiale in *Friedrichshain* (ca. 350 schülerInnen und 28 lehrerInnen),

- das 3. OSZ erhält gleich vier filialen, und zwar in den bezirken *Pankow (Niederschönhausen)*, *Prenzlauer Berg*, *Mitte* und in *Marzahn* (zusammen ca. 2700 schülerInnen und 95 lehrerInnen).

Betroffen sind demnach insgesamt ca. 4150 schülerInnen.

Die in den zukünftigen filialen tätigen 178 kollegInnen werden an die OSZs in *Kreuzberg* abgeordnet und versehen ihren dienst in den (ost-)filialen. Das hat den schönen nebeneffekt, der oben schon beschrieben wurde: Schulrat *Hartmann* hat das sagen über alle ihre belange (fachlich, pädagogisch, organisatorisch), nur die zahlstelle, das personalrechtliche, bleibt im alten (ost-)bezirk, sie erhalten nur 60 % von A 11 und das unter absenkung des dienstalters um 5 jahren. Das mitbestimmungsrecht des *Kreuzberger* personalrats wird selbstverständlich negiert, genau wie das schulrecht offensichtlich bislang für *ossies*

überhaupt nicht gilt. Erst ab dem neuen schuljahr verspricht man ihnen mitwirkungsrechte. Stadtrat *Jordan* zumindest geht davon aus, daß sie dann in "unseren" gremien, konferenzen, ausschüssen etc., mit vertreten und sogar stimmberechtigt sein werden. Ob das auch für die personalversammlung gilt, ist noch unklar.

Überhaupt sind noch viele dinge ungeklärt. Vor allem ist noch nirgends geregelt, wie und wo die "neu-Kreuzberger" in die statistik eingehen. Werden sie zu lasten des bezirks *Kreuzberg* ihre eventuell auftretenden überhänge verrechnen können oder bleiben sie "statistisch" in ihren alten bezirken? Darüber will sich die senatsschulverwaltung erst in den sommerferien den kopf zerbrechen. Wie soll die sog. hilfe der *wessies* für die *ossies* aussehen? Werden die in *Kreuzberg* eingesetzten kollegInnen doppelt gesteckt? Wieviel

stunden fallen für wen ab? Welche aufgabe werden die sog. mentoren zu erfüllen haben, abgesehen von ihrer überwachungs- und spitzelfunktion? Wird's ein team-teaching von jeweils einem *wessie* plus einem *ossie* geben, um die "durchmischung" zu perfektionieren? Wird man ihnen tatsächlich das stimmrecht in den *Kreuzberger* schulgremien und im bezirk zugestehen? (In der "filial"-verordnung wird darüber kein wort verloren!) Wie können wir ihnen helfen, ihre eigenen angelegenheiten wieder in den griff zu kriegen? Welche westkollegInnen werden im *osten* karriere als zukünftige (kolonial-)funktionsträger machen können? Welche nachteile werden auf unsere schülerInnen bei all diesen maßnahmen noch zukommen, außer daß sie tendenziell nunmehr auch von Spandau, Steglitz etc. nach Pankow, Marzahn oder Köpenick "verlagert" werden?

Ein weiterer wichtiger punkt kommt auf uns zu. Innerhalb der GEW gibt es ja ansatzweise eine reflexion über antifaschistische pädagogik, eine kritische auseinandersetzung mit der erziehung zu autoritären charakterstrukturen, es gibt eine kritik an der konsumgesellschaft, die unter anderem zur umweltzerstörung beiträgt, es gibt eine positive tradition von versuchen der integration behinderter und migrantenkinder etc. Wie sieht es damit bei unseren neuen kollegInnen aus? Inwieweit haben die schulen in

der alten DDR schuld auf sich geladen bei der entstehung von konsumgeilheit und ausländer- und minderheitenhaß? Wie gehen die kollegInnen mit dieser vergangenheit und den jetzigen exzessen in dieser richtung um? Wie gehen wir selber damit derzeit um? Wird eine fraktion die andeere bei der bewältigung dieser mißstände behindern, werden wir gar rückschritte in kauf nehmen müssen? Werden wir positive impulse für die demokratisierung der schule erhalten und ggf. verarbeiten können oder werden wir nunmehr gemeinsam neuen herrlichen zeiten entgegengehen, wo wir keine "parteien" mehr kennen, sondern nur noch mit dem dienstherrn an einem strang ziehen?



*Dirk Jordan - ein beispiel für*

# sozialdemokratisierung radikaler AL-politiker

Angetreten ist er vor zwei jahren als hoffnungsträger für einen bildungspolitischen frühling, der nach dem langen Engelmann-winter endlich die zarten pflänzchen emanzipierter schulversuche zur blüte bringen sollte:

muttersprachlicher unterricht, integration von behinderten, offener unterricht und die gesamt-schulen sollten in zusammenarbeit mit einer AL-schulsenatorin gefördert werden. Zudem waren beide engagierte gewerkschafterInnen.

Die GEW-personalratsfraktion ist mit herrn jordan -abgesehen von kleineren rangelieben- zufrieden. Keiner der PersonalrätInnen findet sich, im *trend* einen artikel über probleme mit dem stadtrat zu schreiben und auch im personalratsinfo wird er eher gelobt als kritisiert.

Im gegensatz zu Engelmann kennt man/frau nichts von Jordans missetaten. Im gespäch mit kollegen werden aber schon einzelne konflikte genannt. Niemand will den kollegen Dirk verurteilen, viele stehen der Al selbst sehr nahe, sind aber "ganz persönlich" enttäuscht oder sauer. **-DA STIMMT DOCH WAS NICHT?!**

Der *trend* gibt deshalb einen -  
notwendigerweise lückenhaften -  
einblick in herrn Jordan's arbeitsweise.

Grundsätzlich möchte sich Jordan mit allen vertragen, den schülerIn-

nen, den lehrerInnen, den eltern und den schulräten. Da er mit letzteren am meisten zu tun hat, will er sich mit ihnen am wenigsten anlegen, obwohl er sie in seiner zeit als oppositionspolitiker zu recht auf das heftigste angegriffen hat. das verhalten der schulräte hat sich aber nur unwesentlich verändert:

-bei beförderungen bevorzugen sie immer noch verbandsmitglieder, nur liefern sie dafür formal korrekte vorlagen ab,



-schriftliche beurteilungen sind so tendenziös wie immer,

-vorwürfe gegen einzelne kollegInnen werden als tatsachenbehauptungen in die personalakten genommen, ohne daß ein disziplinarverfahren eröffnet wird, in dem sich die kollegInnen wehren können.

**Alle diese vorgänge werden von Jordan -nicht unbesehen (wie Engelmann!)- unterschrieben und damit gutgeheißen, wenn sie denn formal korrekt sind!** Er nimmt

"seine" schulräte gegenüber dem personalrat in schutz und legt in einzelnen fällen noch eins drauf:

-auf verlangen der personalstelle schloß er eine zeit lang nur fristverträge ab, obwohl in den wenigsten fällen eine sachliche begründung vorlag (diese verträge wurden dann regelmäßig wieder entfristet),

-über seinen tisch nahm die polizei kontakt zu den schulleitungen auf, um informanten zu gewinnen (siehe auch folgenden artikel)

-er verfolgte unter Engelmann eingeleitete politische disziplinarverfahren weiter, die er als leiter der dienststelle ohne aufhebungs hätte einstellen können,

-er förderte die idee von Nitschke, zur feststellung der eignung für funktionsstellenbewerber eine zusätzliche bewährungsprobe einzubauen,

-obwohl an der neuen 8.g schon ein kollegium existiert, schloß er sich der auffassung seiner schulräte an und setzte einen schulleiter ohne wahl gegen den widerspruch des personalrats ein.

-er ist vermutlich der einzige Berliner stadtrat, der einen (ihm politisch nicht genehmen) kollegen wegen einer krankmeldung einen verweis erteilte.

Obwohl bei amtsantritt versprochen, bereinigte er nicht die personalakten von kollegInnen, die unter Engelmann eintragungen gesammelt hatten. Hier bewies er kleinkarierte ärmelschonermentalität: anschuldigungen, die als tat-

sachenbehauptungen getarnt waren, durften entweder nicht herausgenommen werden, oder sie wurden durch weiße blätter ersetzt (begründung: die seiten sind durchnummeriert). Da hat ein sozialdemokratischer stadtrat schon mal eigenhändig seiten vernichtet, nummer hin oder her!

Für Integrationsschulen und muttersprachlichen Unterricht engagierte er sich lautstark. Wenn aber einer seiner schulräte z.b. die besetzung einer stelle verzögerte, hatte die schule das nachsehen.

Neben seiner arbeit fand Jordan immer noch zeit, sich für den *arbeitskreis kreuzberger schulreformer* zu engagieren. Dies wollen wir hier uneingeschränkt begrüßen. Er entwarf einen Kreuzberger schulentwicklungsplan, der praktisch nie zum tragen kam.

Zum beispiel machte er den guten vorschlag, schulen auch anderen gruppen im stadtteil für veranstal-

tungen zur verfügung zu stellen. Als jemand den einwand machte, daß dies die hausmeister nicht mitmachen würden, wurde die idee nicht weiterverfolgt. Der *trend* meint dazu: schade, bei einigem nachhaken hätte sich bestimmt eine lösung finden lassen.

Zusammenfassend können wir sagen, daß Dirk Jordan die für seine radikalen bildungspolitischen pläne die entsprechende souveränität vermissen läßt. Dadurch,



daß er es scheut sich mit einem schulrat Hartmann, Först oder Radosch anzulegen, kann er nicht den ihm zugestandenen handlungsrahmen ausnutzen.

**Dabei wäre es dringend erforderlich, den erlaubten rahmen ständig zu überschreiten, nur um die auf die Kreuzberger schüler zukommenden verschlechterungen abzumildern, auch auf die gefahr hin, wieder abgesetzt zu werden.**

Tatsächlich wird er zum bürokraten und verfolgt seine fortschrittlichen ziele nur noch in reden und artikelchen. Dies ist eine form sozialdemokratischer machtausübung die wir aus dem geschichtsbuch ausreichend kennen.

**Die personalratsfraktion fordern wir auf, ihr schweigen zu brechen, um endlich eine notwendige auseinandersetzung mit dem schulamt zu ermöglichen.**

Stellvertretend für viele haben wir auf der folgenden seite einen eher unbedeutenden fall herausgegriffen, der uns zufällig vollständig bekannt geworden ist. An ihm wollen wir unsere einschätzung deutlich machen:

## SCHULPOLITIK ALTERNATIV: VERTRAUENSVOLLE ZUSAMMENARBEIT

Die bildungsarbeit der AL in Kreuzberg ist in die niederungen des regierens abgesunken, wie es ihr bspw. die SPD jahrzehntelang vorgemacht hat. Der aus der AL hervorgegangene stadtrat, bar jeglicher basiskontrolle, sucht als einzelkämpfer die harmonie mit behörde und personalrat frei nach dem motto "weniger konfrontation und mehr kooperation" (Dirk Jordan) herzustellen, um so als person das unverhofft erzielte amt durchstehen zu können.

Dies hatte er schon wenige monate nach amtsantritt mit seltener deutlichkeit formuliert nachdem personalrat Uwe Wagner auf einer personalversammlung den kreuzberger schulräten sein besonderes lob für ihre hervorragende arbeit kundtat, indem er ihnen gutes wünschte, nämlich

eine beförderung. Da beförderungstellen in Kreuzberg keine weiteren vorhanden seien, wünschte ihnen Uwe Wagner höhere stellen in anderen bezirken, bezweifelte allerdings gleichzeitig, ob andere bezirke deren qualifikationen erkennen würden. Daraufhin stellte Jordan eine "beleidigung" der schulräte durch Uwe fest und erwartete eine entschuldigung.

Der PR hingegen bekräftigte in leicht ironischer form die "belobigung" (anstatt über diese "wir sind doch alle in einem boot" - mentalität alarm zu schlagen) und handelte sich prompt die erneute schelte des vertreterers der "stachligen" grüße ein, "selbstgefällig" zu sein, "erbsenzählerei" zu betreiben und "häme" zu verbreiten. Er drängte schließlich auf die "einhaltung der pflicht zur zusammenarbeit, die sich

auch in der form und dem ton des umgangs bemerkbar machen" müsse.

Der ganze vorgang könnte als schnee von gestern abgetan werden, wenn er nicht symptomatisch für die derzeitige situation im bezirk wäre. Er diene als wegweiser in den sumpf des rot-grün-schwarzen einheitsbreis, in dem die gravierendsten probleme (sparbeschlüsse, osteroberungen, stockende integration von behinderten und immigrantenkindern, fehlende pädagogische antworten auf irrationale gewaltbereitschaft, polizei in den schulen, zunahme harter drogen etc.) unerledigt bleiben.

Es drängt sich der verdacht auf, daß dies der politische wille aller beteiligten parteien ist.

## ENGELMANN - NACHLESE

## TOLLHAUS OHNE ENDE?

Kreuzberg hat einen progressiven, reformfreudigen volksbildungsstadtrat, der sich gut mit seinen schulräten versteht. Er hat die nachfolge eines stadtrats angetreten, der nichts auf die reihe gekriegt hat und dafür jetzt von seiner partei als spitzenkandidat für die im nächsten jahr anstehenden BVW-wahlen aufgestellt worden ist und uns diesmal als bezirkbürgermeister ins haus steht.

Hat unser mann, ihr habt's längst erraten, es ist Engelmann, wirklich nichts auf die reihe gekriegt? Bei genauer betrachtung stellt sich diese behauptung als unwahr heraus. Auf einem feld hat er nämlich erfolg gehabt: Bei der politischen disziplinierung! Davon ließ er sich nicht mal durch sich selbst abbringen, die hat er durchgezogen, und zwar im einvernehmen und mit tatkräftiger unterstützung durch einige seiner schulräte, die teilweise immer noch dieselben sind, die sich auch nicht verändert haben, mit denen sich unser reformer an der spitze, stadtrat Jordan/AL, aber so gut versteht.

Hier nun ein bericht aus dem 3. OSZ, der den erfolgten disziplinierungsversuch konkret in drei akten belegt:

## 1. akt:

Tritt man für eine gute ausbildung ein, achtet auf die einhaltung gesetzlicher bestimmungen und versucht auch trotz vieler krankmeldungen den unterrichtsbetrieb aufrechtzuerhalten, so kann das in der position eines abteilungsleiters am OSZ-Handel schon mit nachteilen verbunden sein, genaugenommen mit der geldbuße eines halben monatsgehalts. So unterzeichnet als disziplinarische strafe vom ehemaligen stadtrat Engelmann.

Was war passiert? Auszubildende eines filialbetriebes von reformhäusern wurden vom inhaber aufgefordert, nicht die berufsschule zu besuchen, um stattdessen im betrieb inventurarbeiten zu erledigen. Ein eindeutiger verstoß gegen die berufsschulpflicht!

Dieses wurde dem inhaber vom abt.-leiter schriftlich mitgeteilt und gleichzeitig, da die schülerInnen über mängel im betrieb klagten, die IHK gebeten, die praktische ausbildung in diesem reformhaus zu überprüfen.

Fazit? Der abt.-leiter hatte sich eines "schwerwiegenden dienstvergehens" schuldig gemacht, da er mit briefkopf des OSZ



schrieb, für dieses schreiben aber nicht das einvernehmen mit dem schulleiter herstellte (sonst gängige praxis an dieser schule) und außerdem auch den dienstweg (!) nicht einhielt. Dem reformhausinhaber wurde später die ausbildungserlaubnis entzogen.

## 2. akt:

Was unternimmt ein abt.-leiter am OSZ-Handel, der in einer woche über 100 stunden unterrichtsausfall durch vertretungen aufzufangen hat? Er versucht, den mangel so gut es geht - meistens leider auf dem rücken der kollegInnen - zu verwalten, ordnet mehrarbeit, klassenzusammenlegungen etc. an oder schickt die schülerInnen in die betriebe.

Welche hilfe leistet der zuständige schulleiter? Er entzieht dieser abteilung noch mehr lehrerInnenstunden und weist einen lehrer dieser abteilung an, in einer anderen abteilung zu unterrichten. Der abt.-leiter weigerte sich und beschloß, diesen kollegen zur verhinderung von unterrichtsausfall, in der eigenen abteilung einzusetzen.

Der schulleiter, um seine autorität (welche?) fürchtend, schaltete die schulaufsicht ein. Fazit, von Engelmann unterschrieben: "Verletzung der gehorsamspflicht"!

## 3. akt:

Als abt.-leiter und gleichzeitiger IHK-prüfer unterliegt man, besonders am semesterende, einer doppelbelastung: Einerseits erstellen von stunden- und klassenplänen, organisation schulischer prüfungen, unterschreiben von zeugnissen, andererseits korrektur der IHK-prüfungsarbeiten und abnahme der mündlichen prüfungen.

Wenn man dann aber als IHK-prüfer nicht in der lage ist, die korrektur von prüfungsarbeiten vor den sommerferien abzuschließen, kann man durch unterschiedliche weisungen der schulaufsicht schon in die zwickmühle geraten. Folgt man der weisung der bezirklichen schulaufsicht und sichert eine korrektur während der sommerferien zu, verstößt man gegen die weisung der obersten dienstbehörde, die arbeiten sofort (am 1. ferientag) herauszugeben und von einem anderen prüfer korrigieren zu lassen.

Korrigiert man die arbeiten in den ferien und sichert eine rechtzeitige abnahme der mündlichen prüfungen nach den ferien zu, steht am ende der vorwurf des "schweren dienstvergehens", der durchsuchung der schränke und schreibtschubladen des dienstzimmers durch die bezirkliche schulaufsicht.

Der obersten dienstbehörde schien der eifer des bezirks, vertreten durch den damaligen stadtrat (und möglicherweise zukünftigen bezirkbürgermeisters) Engelmann nicht ganz geheuer gewesen zu sein; sie ermäßigte die geldbuße auf 1000,- DM mit der begründung, daß die dienstlichen leistungen des abteilungsleiters bei der letzten beurteilung (1982) als überdurchschnittlich bewertet wurden.

Dabei blieb es dann auch nach weiteren, insgesamt fünf jahren verfahrensdauer.

# Schule und polizei

## -neue ziele für die 90er?



Außer mit dem einverständnishaftigen geheimnis von zimmer 421 wollte der *trend* auch einmal zu ernsthaften diskussionen beitragen. Er tat dies mit der nummer über jugend in Kreuzberg und dort speziell mit den selbsthilfeorganisationen für kinder von einwanderInnen, die noch immer "jugendbanden" genannt werden.

In dem einen artikel wurden prognosen gestellt, daß nämlich, wenn die jugend- und bildungspolitik ihren eingeschlagenen weg fortsetzt, eine große zahl der jugendlichen tatsächlich in der kriminalität landet.

Die kriminalisierungsversuche unter der führung der polizei waren erfolgreich. Mit einem ausbau der "strafverfolgungs-kapazitäten im jugendbereich" konnten die anzeigen und verurteilungen erheblich erweitert werden.

Wir hatten uns in der genannten ausgabe besonders darum bemüht, klar zu stellen, daß das verhalten der kinder von einwanderInnen keine kriminelle energie darstellt, sondern lediglich folge der gewalt und ausgrenzung ist, die sie täglich erfahren haben.

Wir warnten davor, die jugendprobleme durch die polizei lösen zu lassen. Die begründung für den erheblichen ausbau der polizei am punkt gegengewalt von einwandererkindern wurde damit begründet, daß von den rechten gruppierungen, den sog. skinheads, keine kriminelle bedrohung mehr ausgehen würde.

Die morde und überfälle der faschisten haben erheblich zu-

genommen, wenn wir nur das neue deutsche beuteteil betrachten.

Die skinhead-ag bleibt natürlich aufgelöst, denn die lösung gesellschaftlicher probleme war nie die intention der polizei.

### entpolitisierung = entsolidarisierung

Von den strategInnen der polizei wurde alles daran gesetzt, den widerstand der einwandererkinder seiner politischen dimension zu berauben: Die jugendgruppen wurden als überwiegend gefährlich hingestellt. Die neuesten nachrichten über diese gruppen erhielt die presse häufig von der polizei selbst.

Auf nachfrage wird von der polizei zunächst die zurückliegende bedrohung der kinder von einwanderInnen durch rechte gruppen anerkannt, um dann aber zu betonen, daß die "auswüchse" eingedämmt werden müßten, daß also im kampf gegen die kriminellen jugendlichen durchgegriffen werden muß, zumal eine politisch bewußte überlegung in den handlungen der jugendlichen nicht erkennbar sei.

Die polizei setzte in ihrer strategie auf die entsolidarisierung der kinder von einwanderInnen durch die schulen.

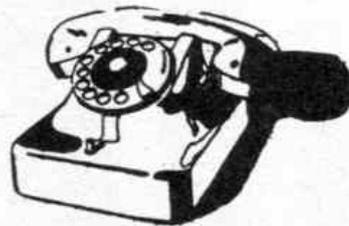
War es bis zu den geschichten um die "jugendbanden" die GEW, die doch immer auf den rechten terror und die lebensverhältnisse der einwandererkinder hinwies, konnte

sich die polizei unter rot-grün sicher sein, daß die vorbehalte, die die lehrerInnen tatsächlich gegen diese kinder haben, auch zum ausdruck gebracht werden.

Dabei spielte der jetzige stadtrat für volksbildung Dirk Jordan eine herausragende rolle. Bei der bespitzelungs-geschichte um die 5.oh tat er für die aufklärung nichts, setzte allerdings die damalige GEW-bezirksleitung unter druck und wollte ihr die wichtige bedeutung der polizei erklären, zumindest aber ein gespräch mit der psychologin vermitteln, die die schülerbespitzelung im auftrag der polizei durchgeführt hatte. Bis heute sind die eltern nicht durch den stadtrat über die vorfälle informiert, die in seinem verantwortungsbereich lagen.

Das bezirksamt, dem Dirk Jordan nun angehört, stimmte seinerzeit dafür, daß ein polizist stadtrat für jugend und sport (herr Borchardt von der SPD) im bezirk wird. Die herren Jordan und Borchardt kannten sich bereits aus den sitzungen von schulgremien. Wenn man sich so lange kennt, was soll das schaden, wenn mein freund von der polizei ist, wird sich unser "reformkarrierist" gedacht haben.

Die jugendpolitik gestaltet in der zwischenzeit die polizei in diesem bezirk. So ist herr Borchardt seinem alten dienstherrn doch treu geblieben. Welchem polizisten sollten wir vorwerfen, wie ein polizist zu handeln?



## spitzel west besser als spitzel ost?

Die wirkliche reform, die in die verantwortung von Dirk Jordan fällt, ist die durch große teile der lehrerschaft geduldete und häufig gewünschte anwesenheit der polizei an den schulen. In anderen bezirken mag das die regel gewesen sein. Die KreuzbergerInnen hatten ihre eigenen erfahrungen gemacht und die polizei als schulmittel bis dato abgelehnt, ja sie meinten sogar grund zu haben, die polizei bullen nennen zu müssen, was im übrigen ja erlaubt ist.

Aus einem bericht der senatsinnenverwaltung vom 27.6.90 entnehmen wir, "daß verstärkte aufklärung für eltern und jugendliche im Hinblick auf das anzeigeverhalten erforderlich ist,"...denn "die opfer hatten sich ihren eltern und lehrern anvertraut.

Die polizei wurde (damals d.v.) jedoch nicht informiert" Nun aber ist die zusammenarbeit "mit den schulen, in denen vertreter der polizei das phänomen jugendlicher gruppengewaltdelikte darstellen, mit wenigen ausnahmen als positiv zu bewerten. Wünschenswert wäre jedoch, daß die lehrer vermehrt als multiplikatoren wirken, um eine entlastung der kriminalbeamten zu erreichen."

Mit der schule, das gilt auch für Kreuzberg, ist die polizei zufrieden. Unbotmäßig sind nach diesem bericht die mitarbeiter der jugendgerichtshilfe und sozialarbeiter anderer jugendeinrichtungen. Diese hätten "vorbehalte gegen die polizei", würden wegen ihrer "anwaltsfunktion" (wohl als anwalt der kinder,d.v.) "unterschiedliche vor-

gehensweisen" haben, "die im einzelfall möglicherweise die bereitschaft zur zusammenarbeit einschränken".

Vielleicht sind es gerade die vertreterInnen der jugendgerichtshilfen, die ständig mit den teilweise rechtswidrigen ermittlungsmethoden der polizei in sachen jugend konfrontiert sind, die ihre kompetenz nicht an die polizei abgeben wollen.



Mehrere tausend Schüler protestierten in der City gegen den in der Nacht begonnenen Krieg am Golf.

Viele kreuzberger schulen sind da eher bereit.

In einem bericht an das abgeordnetenhhaus über "gruppengewalt von jugendlichen" schreibt die senatsverwaltung für frauen,jugend und familie mitte 90,daß

"der vorliegende lagebericht der polizei vorkommnisse im schulbereich nicht erwähnt und nach auffassung der schulverwaltung das problem der gruppengewalt kein spezifisch an schule gebundenes phänomen ist, daß die schule weder verursacht, noch alleine lösen kann, wurden doch alle schulleiter der oberschulen und die schulaufsichtsbeamten in leiterkonferenzen darüber informiert und gebeten, die verbindung zur polizei zu suchen, damit ein überblick über umfang und art der delinquenz erarbeitet

und die pädagogische reaktion darauf koordiniert werden kann. Zugleich wurden die pädagogen aufgefordert, jeder bagatellisierung (...) entgegenzutreten, (...)".

Damit wurde unter dem dienstherrn Dirk Jordan auch in Kreuzberg der weg in die schule gebahnt, statt mit ernsthaften reformen die ursachen der "delinquenz" zu beseitigen oder es zumindest zu versuchen.

Anzeigen, von denen die klassenlehrer zunächst nichts wissen, "vertrauliche" gespräche mit den polizistInnen, bis hin zu vernehmungen in den schulen sind keine seltenheit mehr.

Was bleibt nun zu fragen- unterscheidet eigentlich die spitzel west, die ihre informationen über die jugendlichen an die polizei weitergeben (teilweise naiv blauäugig) von den ostspitzeln der

stasi, die sicher auch "nur das beste wollten"? Wir meinen: nichts.

Wann melden sich unsere demokraten und fordern die entlassung solcher kollegInnen aus dem dienst?

## GEW kreuzberg und parteiliche bildungspolitik

Ein koll. Braune läßt in der blz den polizeichor erklingen (lalü, lalü, lalü) statt sich über die beseitigung der ursachen gedanken zu machen.

Die chefredakteurin der blz macht ein interview mit "jugendlichen", sie geht über die beschreibung nicht hinaus. "Delinquenz" bleibt ein "phänomen". Frau könnte mal in ältere blz's schauen, als wir noch politisch diskutierten...

Der personalrat hat sich selbst weit-

gehend die hände gebunden, als er beschloß, dem "eigenen mann" Dirk Jordan alles durchgehen zu lassen und auch dessen schulratsriege zu schützen, wenn sich Dirk Jordan nur vor sie stellt. Statt sich am subjekt von schule zu orientieren, läßt der pr sich ausschließlich vom personalvertretungsrecht leiten. So können wir eine pädagogische diskussion gleich ganz lassen.

Positiv ist der versuch des koll. Schubert vom pr zu bewerten, der sich an einer schule in die diskussion um polizeieinsätze eingeschaltet hatte. Der koll. wollte aus seiner sicht darlegen, was die abgabe pädagogischer kompetenz an die polizei für den arbeitsplatz schule bedeutet. Eine originäre pr-tätigkeit also.



Bereits seine anwesenheit wurde nur von einer minderheit des kollegiums begrüßt. Die diskussion - nicht etwa die zusammenarbeit mit der polizei - wurde vertagt.

Es ist an der zeit, die bisherige politik anhand der wirklichen probleme zu bilanzieren und zu schauen, was für einen pr wir brauchen, wenn wir die kinder ernst nehmen wollen.

### Keine zusammenarbeit mit der polizei!

Ich möchte zusammenfassen: Die zusammenarbeit mit der polizei führt

in keinem fall dazu, daß die ursachen für das verhalten von jugendlichen, die hohe gewalterfahrungen haben, beseitigt werden. Sie führt zur abgabe der pädagogischen verantwortung an die repressivste institution. Sie erleichtert das weiterwurschteln, statt veränderung von schule.

Die polizei ist ein apparat mit völlig eigenen interessen. Ein vorrangiges interesse war die herstellung einer akzeptanz unter den lehrerInnen, um so zu einer präsenz in den schulen zu kommen. Das ist -dank des dienstherrn in Kreuzberg- gelungen.

Die polizei hat die aufgabe strafzuverfolgen und sonst nichts. Die ehrlichen polizistInnen betonen das sogar und versuchen gar nicht erst den sozialarbeiter zu spielen. Andere dagegen spielen sozialarbeiter, und erstatten dann unter bruch des vertrauens der jugendlichen trotz dem anzeige.

Was haben die kids dann gelernt? Wir dürfen niemandem vertrauen oder es ist egal was du machst!

In keiner region wurde durch die zusammenarbeit mit der polizei ein problem gelöst. Die zu lösen vorgegeben probleme haben sich eher verstärkt. Das

zeigen die erfahrungen mit den Sinti und Roma in Köln ebenso wie die aus dem kreis Lüchow-Dannenberg.\*)

Das interesse der polizei kann doch nur ihr eigener polizeierfolg sein. Wann aber hat sie den?

Wenn wir keine amerikanischen verhältnisse wollen, ist jetzt umzudenken. Wir müssen die verantwortung, für das was wir als schule anrichten, wieder selbst tragen, uns wenigstens für die behebung der ursachen einsetzen und nicht so tun als käme "kriminelle energie" aus

dem nichts.

Wir sollten uns auch vor der erkenntnis nicht scheuen, daß die türkischen selbsthilfeorganisationen und die antifaschisten in Kreuzberg in hohem maße dafür sorgen, daß der faschistische mob aus dem neuen deutschen beutegebiet noch nicht in unserem bezirk tätig ist. Er hat angst, weil er weiß: Es gibt in Kreuzberg menschen, die sich nicht nur wehren wollen, sondern auch können.



\*) Da ich nicht jedem die kenntnis dieser zusammenhänge unterstellen kann, hier schnell die facts: In Köln wurden die sozialarbeiterInnen eingespannt, um "ein konzept zur hilfe für Sinti und Roma" zu erarbeiten, zusammen mit der polizei versteht sich. Die sozialarbeiterInnen glaubten den versprechungen, daß es nicht zu abschiebungen und verfolgungen kommen würde. Das gegenteil war der fall. Mit den informationen der sozialarbeiterInnen, die die polizei anders nie bekommen hätte, wurden anklagen gezimmert und abschiebungen durchgeführt. Nun fühlten sich die sozialarbeiterInnen verarscht und stellten unter protest die zusammenarbeit mit der polizei ein. Sie schätzten leider erst im nachhinein ein, daß sie selbst sehr naiv waren.

Eine untersuchung im landkreis Lüchow-Dannenberg ergab, daß die "delinquenz" der jugendlichen mit der verstärkten präsenz der polizei (wegen des völlig berechtigten protestes gegen das atomare müllendlager) erheblich zugenommen hatte. Die ständige kontrolle und präsenz provoziert, zieht an und läßt spitzel- und denunziantentum blühen.

**Namensgebung der 2.g:**

**Charlotte-Salomon-Grundschule**

Der von der Adolf-Glaßbrenner-Grundschule (jetzt 20.g) abgespaltene teil erhält den namen Charlotte-Simon-Grundschule (2.g)

halten. Erst da wurde ihre jüdische herkunft bekannt und eine fortsetzung ihres studiums unmöglich.

Als ihr leben und das ihrer familie mehr und mehr bedroht war, gelang es Charlotte Salomon, nach Südfrankreich zu emigrieren.

Dort - unter dem einfluß herannahender hitlertruppen - entstanden zwischen 1940 und 1942 über 1000 bilder ihres autobiografischen werkes "Leben oder Theater". Von Charlotte Salomon als "Singspiel" bezeichnet - mit genauen angaben zur musikalischen

schehnisse, die ihre arbeit auslösten. Die beschäftigung mit der vergangenheit half ihr, - vergleichbar Anne Franks tagebuch - die schreckliche gegenwart zu verkraften.

1942 wurde Südfrankreich besetzt. Charlotte Salomon, im 4. monat schwanger, wurde zusammen mit einigen waisen- und flüchtlingskindern, die sie bisher betreut hatte und nun nicht ihrem schicksal überlassen wollte, am 21. September 1943 verhaftet und nach Auschwitz deportiert. Der tag ihrer ermordung ist nicht bekannt.

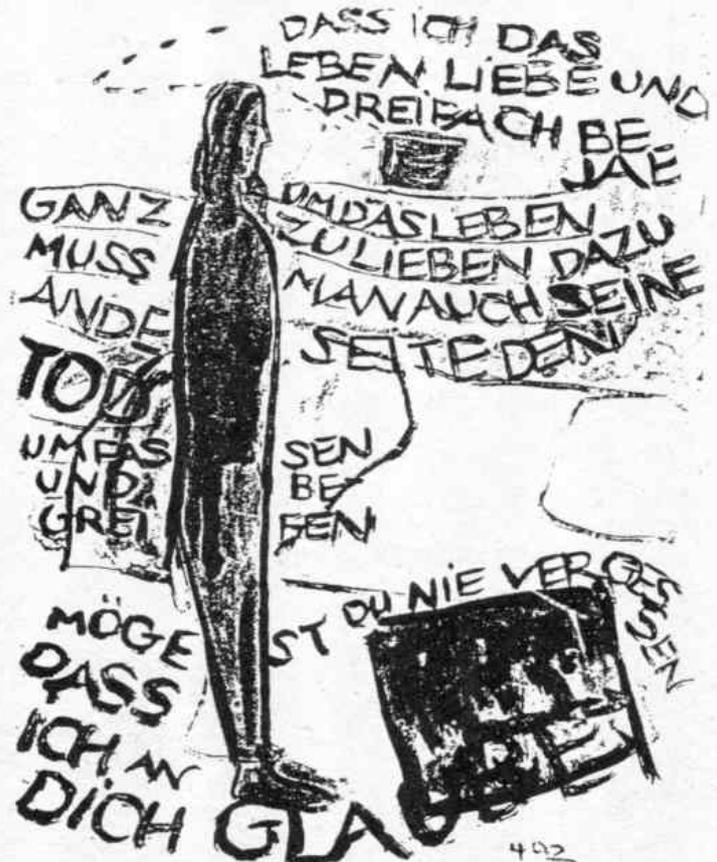
Anfang oktober finden an der Charlotte-Salomon-Grundschule projektstage statt, in deren verlauf in den klassen die künstlerische und politisch-geschichtliche auseinandersetzung mit der namensgeberin und ihrer zeit im vordergrund stehen soll. Es sind ausstellungen, theaterstücke, ton-bild-vorträge usw. geplant.



Die schule befindet sich in der Großbeerenstraße und hat u. a. die integration von behinderten zum ziel.

Charlotte Salomon wurde 1917 in Berlin geboren. 1935 wurde sie probeweise, dann - ab 1936 - heimlich geduldete studentin der kunsthochschule in Berlin; eine ausnahme, denn juden waren unter nazi-herrschaft vom hochschulstudium ausgeschlossen. Übergriffe von studentischen korporationen waren zudem an der tagesordnung. 1938 sollte Charlotte Salomon für eine ihrer künstlerischen arbeiten einen preis er-

untermalung, rückgriffen auf film und theater und mit literaturzitate - handelt es sich um gemalte geschichte des lebens ihrer familie 1913 und 1940. Darin schildert sie z.t. in ironisch-theatralischer verfremdung ihre eigene entwicklung und die politischen ge-



end



*In Deutschland dem besoffenen land  
da gibt es keinen widerstand  
nur ab und zu mal flaschenpfand*



**AN DIE BAHNHOFSMISSION**

Und wenn du mich fragst  
Weißt du nicht, wohin die reise geht?  
Dann will ich antworten:  
Ich weiß es, denn der zug steht schon  
dort und ich lese:  
Sackgasse in die hölle  
Ich aber muß dahin  
Ich muß die fahrt mit dir in dieses dunkel machen  
Los schnell, schnell, bestechen wir den schaffner,  
damit wir wenigstens einen liegeplatz  
kriegen  
in die hölle,  
in die knietiefe scheiße  
o.k.  
wir fahren los

